

Rolf Steininger: Deutschland und der Nahe Osten. Von Kaiser Wilhelms Orientreise 1898 bis zur Gegenwart. Lau Verlag, Reinbek/München 2015, 259 Seiten, 44 Abbildungen, ISBN 978-3-95768-161-4

Als Motiv für die anzuzeigende Publikation nennt der renommierte Innsbrucker Zeitgeschichtler Rolf Steininger die Beobachtung, dass es zwar eine Vielzahl aktueller Arbeiten für die verschiedenen Phasen der deutschen Politik im Nahen Osten gebe, es aber an einer knappen, zusammenfassenden Darstellung mangle. Diese Lücke will er – auf der Basis der neuesten Literatur und der wichtigsten Akteneditionen – mit seinem fakten- und zitatereichen Überblick schließen –, ein Vorhaben, das sich mit plausiblen Gründen als voll geglückt bezeichnen lässt. Nicht nur, weil der Autor geschickt und griffig zu schreiben versteht, sondern sich längst als exzellenter Kenner der Materie einen Namen gemacht hat.

Verwiesen sei in dem Zusammenhang auf das Fischer-Bändchen zum Nahostkonflikt von 2003, das seit 2014 in einer überarbeiteten und aktualisierten Version vorliegt, doch vor allem auf die von ihm besorgte Herausgabe der vielbändigen Berichte der deutschen und österreichischen diplomatischen Vertreter aus Palästina bzw. Israel, die die Zwischenkriegszeit und die Jahre 1946 bis 1976 abdecken. Gerade daraus schöpft Rolf Steininger, wobei er besonders ausgiebig auf die scharfsinnigen und glänzend formulierten Wahrnehmungen Karl Hartls, des ersten österreichischen Missionschefs von 1950 bis 1955, zurückgreift.

Die in sieben Kapitel gegliederte komprimierte, aber durch die Hervorhebung aufschlussreicher Details und durch das Einblenden signifikanter Schwarz-Weiß-Abbildungen aufgelockerte Rekonstruktion beginnt – wie der Untertitel anzeigt – mit der Orient Reise Kaiser Wilhelms II. von 1898 und endet mit der deutschen Beteiligung – durch Waffenlieferungen an die Kurden – am Versuch der USA seit Sommer 2014, Völkermord und ethnische Säuberungen der Terrormiliz des IS im Irak und in Syrien zu stoppen.

Der assimilierte österreichische Jude Theodor Herzl, der seine Überzeugung, dass „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ die angemessene Antwort auf den wachsenden Antisemitismus Ende des 19. Jahrhunderts in Europa sei, in einer programmatischen Schrift von 1896 niedergelegt hatte, war dem deutschen Kaiser Anfang Oktober 1898 gefolgt, der zwei Tage zuvor mit riesigem Gefolge zu einer der „sonderbarsten Episoden in seinem nicht gerade ereignisarmen Leben“ (so sein Biograf John C. G. Röhl, Bd. II, 2001, S.1050), die ihn – ausgestattet mit spezieller Tropenuniform und per Schiff vorausgeschickten Pferden für den theatralischen Einzug in der Heiligen Stadt – von Konstantinopel bis nach Damaskus führen und bis Ende November dauern sollte, aufgebrochen war. Deren Hauptereignis sollte die Einweihung der evangelischen Erlöserkirche in Jerusalem am 31. Oktober sein.

Erstaunlicherweise schaffte es Herzl, worum er sich zuvor vergeblich bemüht hatte, nämlich dreimal von dem kaiserlichen Kreuzritter empfangen zu werden, der sich schließlich vor der verwunderten Öffentlichkeit zum „Beschützer und Freund der 300 Millionen Mohammedaner in der Welt“ ausrief. Doch als der Herrscher des Osmanischen Reiches, auf dessen Gebiet zwischen Gaza und Euphrat der autonome jüdische Staat errichtet werden sollte, von diesem Vorhaben gar nichts hielt, war die abstruse Idee eines deutsch-jüdischen Protektorats definitiv vom Tisch. Dem Kaiser waren die Konzession des Sultans für den Bau der Bagdadbahn und die militärische Zusammenarbeit mit der Türkei ohnehin die eigentlichen Anliegen.

Am Ende des Ersten Weltkrieges zählten das Osmanische wie das Deutsche Reich zu

den Verlierern. Die weitreichenden Hoffnungen, die man in ein Aufbegehren der islamischen Welt, einen „Heiligen Krieg“ von Marokko bis Indien, vor allem gegen die Engländer, gesetzt hatte, erwies sich als pure Illusion. Und den Wettlauf um die Gunst der Juden entschied die britische Politik mit der Balfour-Erklärung vom 2. November 1917, die die Zionisten bei der Schaffung einer „nationalen Heimstätte in Palästina“ zu unterstützen versprach, und der folgenden kampflosen Einnahme von Jerusalem für sich.

„Nur 117 Worte umfasst die berühmte Balfour-Deklaration – benannt nach dem britischen Außenminister James Balfour –, die für das Judentum einen unerhörten diplomatischen Sieg darstellte und die Weltpolitik und insbesondere die Geschichte des Nahen Ostens seither maßgeblich beeinflusst hat“ (S. 38). Sie bildete den Auftakt einer neuen Phase der Auseinandersetzung zwischen Juden und Arabern in Palästina, zumal der Völkerbund im Juli 1922 der britischen Mandatsverwaltung die zitierte Aufgabe ausdrücklich bestätigt hatte.

Deutschland spielte in den Nachkriegsjahren im Nahen Osten eine höchst untergeordnete Rolle und steuerte – wie es in einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 28.7.1930 hieß – gegenüber „dem arabisch-zionistischen Gegensatz im Lande eine Politik vorsichtiger Neutralität“. Das änderte sich schlagartig mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, denn dieser Umstand ermunterte vor allem den geistlichen Führer der Moslems, den Großmufti von Jerusalem, Amin al Husseini, zu gesteigerten antijüdischen und bis in den Irak ausgreifenden Aktivitäten, die die britische Mandatsverwaltung freilich nicht untätig hinnahm.

Deren Scheitern ließ dem Mufti letztlich eine Flucht über Italien nach Berlin angeraten erscheinen, wo er vom Auswärtigen Amt großzügig alimentiert wurde und am 28.11.1941 sogar mit Hitler in der Reichskanzlei zusammentraf, für den zwar der Krieg gegen die Sowjetunion eindeutigen Vorrang gegenüber einer Unterstützung des arabischen Freiheitskampfes besaß, der aber al Husseini als „Goebbels der Araber“ hemmungslos mit seiner antijüdischen Agitation ist zum Ende des NS-Regimes gewähren ließ.

Von einer aktiven deutschen Außenpolitik nach 1945 konnte erst wieder seit der Gründung der Bundesrepublik die Rede sein, deren Intentionen von langer Dauer Rolf Steininger knapp und treffend so charakterisiert:

„Sie bewegt sich im Spannungsfeld des Kalten Krieges, vergleichbar mit einem Koordinatensystem aus mehreren Elementen. Die wichtigsten sind

1. nach dem Holocaust die historische Verantwortung gegenüber Israel,
2. die Rücksichtnahme auf die Interessen der europäischen Partner bzw. der USA in der Region,
3. die Interessen der arabischen Staaten,
4. der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik.

Mit am spannendsten ist zunächst die Adenauer-Ära, die im Prinzip erst mit der diplomatischen Anerkennung Israels durch Bonn im Jahr 1965 endet. Ein Einschnitt ist der Sechstagekrieg 1967 mit einer neuen Positionsbestimmung, dann die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition mit Anerkennung der DDR und dem Yom Kippur-Krieg 1973. Seit 1980 haben wir so etwas wie eine europäische Nahostpolitik (Resolution von Venedig 1980), die auch nach der Wiedervereinigung fortgesetzt wurde“ (S. 79).

Nach der deutschen Wiedervereinigung, die – für viele erstaunlich – auf eine heftige israelische Ablehnung gestoßen war, sah sich die erweiterte BRD mit verstärkter Herausforderung konfrontiert: Beteiligung am Golfkrieg (wo man sich in

eine Scheckbuch-Diplomatie flüchtete), neuerliche geheime Waffenlieferungen an Israel, Empfang des PLO-Führers Arafat in Bonn, finanzielle Hilfe für die Palästinensische Autonomiebehörde und Aufforderung zur Teilnahme in der „Koalition der Willigen“ beim Irakkrieg (der sich – ungeachtet der massiven Verstimmung der USA – die rot-grüne Bundesregierung entzog).

Diese Vorgänge werden in präziser und – soweit möglich – durch authentische Aussagen der Akteure abgestützter Manier präsentiert. Hinter die Feststellung der Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Sicherheit Israels gehöre zu deutschen Staatsräson, setzt der Autor – mit Recht – ein betontes Fragezeichen.

Seeheim

Werner Ripper

*Innsbrucker Historische Studien* 2016